



**Niederschrift  
zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der  
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Mittwoch, den 21.01.2009  
**Sitzungsbeginn:** 19:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 22:56 Uhr  
**Ort, Raum:** **Bürgerhaus Wündorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in  
15806 Zossen**

**Anwesend sind:**

**Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Karola Andrae

**Stadtverordnete(r)**

Herr Sven Baranowski

Frau Melinda Bock

Frau Sabine Brumm

Herr Burkhard Degner

Herr Tim Grebe

Herr Peter Hummer

Herr Wilfried Käthe

Herr Torsten Kniesigk

Herr Hermann Kühnapfel

Herr Hans-Jürgen Lüders

Herr Olaf Manthey

Herr Ralf Markwardt

Frau Sylvia Menges

Frau Susanne Michler

Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack

Herr Carsten Preuß

Herr Dr. Rainer Reinecke

Herr Erwin Rust

Frau Waltraud Schröder

Herr Reinhard Schulz

Herr Jürgen Steinert

Frau Gudrun Timm

Herr Konrad Tschorn

Herr Rolf von Lützwitz

Frau Freifrau Maria von Schrötter

Herr Rainer Zurawski

**Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

**Amtsleiterin Kämmerei**

Frau Andrea Hollstein

**Amtsleiter Bauamt**

Herr Söhnke Wilbrand

### Wirtschaftsförderung

Herr Günter Grunow

### Protokollantin

Frau Sylvia Kromer

### Gäste

Bürger

ca. 30

Bürger

Frau Stefanie Klähn (OA-Leiterin ab 01.02.2009)

Herr Fred Hasselmann

MAZ

Herr Dieter Jungbluth

Ortsvorsteher Wünsdorf

Herr Heiko Kiwitt

Ortsvorsteher Lindenbrück

Herr Marcel Penquitt

Vorsitzender Jugendparlament

#### **zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie bittet, die Handys auszuschalten. Bild- und Tonaufnahmen sind nicht zulässig während der Sitzung.

#### **zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den 29 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zur Zeit 27 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

#### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Frau Andrae fragt, ob es Änderungen zur Tagesordnung gibt.

Herr Preuß:

Die Fraktion Die Linke beantragt, den TOP 9.1. zu verschieben auf die Position hinter 9.12., soll also TOP 9.13. werden.

Begründung:

Frau Timm kommt heute später, und es sollen möglichst viele Stadtverordnete an der Abstimmung teilnehmen.

Frau Andrae fragt, ob es Einwendungen gibt. Das ist nicht der Fall.

Der TOP 9.1. geht also als letzter Punkt vor die Anträge der Fraktionen.

Abstimmung über die so geänderte Tagesordnung: einstimmig 27 x Ja

#### **zu 4 Bericht aus der Verwaltung**

Frau Schreiber:

Der Bericht liegt allen Stadtverordneten schriftlich vor.

Für die anwesenden Bürger erläutert Frau Schreiber kurz die einzelnen Punkte:

1. Spielplatz Straße der Jugend
2. Nordumfahrung Dabendorf
3. Bürgerversammlung Bahnquerung am Bahnhof Wünsdorf
4. Bürgerversammlung Bahnquerung Neuhof
5. Industriebrache ehem. Kalköfen in Zossen
6. Winterdienst in der Stadt Zossen

**zu 5 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

Frau Schreiber:

Heute nur ein kurzer Bericht zum Zweckverband KMS, die anderen Verbände haben zwischenzeitlich nicht getagt. Der KMS wird am 03.02. wieder tagen, es werden die Änderungen der Gebührensatzung auf der Tagesordnung stehen.

Für das Versorgungsgebiet 1 liegt der neu kalkulierte Trinkwasser-Preis bei 1,33 € zu bisher 1,72 €, für Abwasser liegt er bei 4,99 € zu bisher 5,06 €. Damit ist auch das erste Mal ein kostendeckender Preis zu verzeichnen.

Im Versorgungsgebiet 2 (Waldstadt) liegt der Trinkwasser-Preis neu bei 2,11 € zu alt 1,81 € und der Abwasser-Preis neu 3,57 € zu alt 3,00 €

In der Waldstadt: Trinkwasser und Abwasser 5,68 €/m<sup>3</sup>

im übrigen Gebiet: Trinkwasser und Abwasser 6,32 €/m<sup>3</sup>

Ab jetzt ist Frau Michler anwesend und somit nehmen jetzt 28 Stadtverordnete an der Sitzung teil.

Bei der dezentralen Entsorgung betragen die Preise

pro m<sup>3</sup> Abwasser 8,18 € zu 7,71 €

bei Schlamm 21,29 € zu 19,46 €

Es stehen in diesem Jahr noch weitere Schmutzwassererschließungen an, so dass wir dann demnächst unter 10 % nicht erschlossen liegen werden.

**zu 6 Einwohnerfragestunde**

Herr von Eichstädt:

Er stellt sich kurz vor und teilt mit, dass er im TOP 9.3. etwas sagen wird zur Aufstellung eines Bebauungsplanes „An der Stubenrauchstraße“ in Zossen.

Herr Jungbluth, Ortsvorsteher Wünsdorf:

Bezüglich des KMS interessiert uns, wie das mit der Mehrwertsteuer ist. Der Zweckverband KMS schickt die Rechnungen noch mit 19% Mehrwertsteuer raus. Das ist organisierte Sabotage am Volkswillen.

Frau Schreiber:

Sie stimmt dem zu. Wir werden versuchen, dass alle Bürger die korrekte Rechnung bekommen.

**zu 7 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Schreiber:

Sie spricht die heute verteilten Unterlagen an. Zu den noch anstehenden Fragen liegen heute einige Antworten auf dem Tisch. Herr Baranowski bekommt seine Anfragen von gestern schriftlich beantwortet, das war bis heute in der Kürze der Zeit nicht mehr möglich.

Herr Kühnapfel:

Herr Preuß hat den Antrag gestellt, den Tagesordnungspunkt nach hinten zu verschieben.

Wir sollten den Punkt generell von der Tagesordnung nehmen, egal, von welcher Fraktion jemand fehlt.

Herr Tschorn (wörtliche Wiedergabe):

„Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, Frau Vorsitzende

Ich muss heute, leider zum wiederholten Mal, die Informationspolitik der Verwaltung

kritisieren. In der Beratung des Ausschusses Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung, am 19.11.2008, habe ich an die Verwaltung, in Eigenschaft der dort anwesenden Bürgermeisterin, eine Reihe von Anfragen zu gefassten Beschlüssen gestellt. Es handelte sich hierbei um Auskunftersuchen zum Stand der Abarbeitung von Aufgaben für die Verwaltung, die sich aus den gefassten Beschlüssen ergeben bzw. dort konkret benannt wurden.

So u.a. zur

1. BV 008/08, in der die Bürgermeisterin aufgefordert wurde, beim Landkreis und der Landesregierung um Unterstützung zum Bau eines straßenbegleitenden Radweges an der B 96 (kleine Umgehungsstraße im OT Zossen) zu bitten und die SVV über ihre Aktivitäten zu berichten
2. BV 014/08 zum Friedhofsgelände Wünsdorf, wo ich gebeten habe, zu informieren, wie mit dem Hinweis auf Bauschäden an der Trauerhalle umgegangen wurde
3. BV 034/08 Beleuchtung des Weges zur Glienicker Peilhütte, hier wollte ich wissen, ob dieser Auftrag nun endlich abgearbeitet wurde
4. BV 061/08 und 066/08, sie befassen sich mit dem Antrag zur Schaffung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf 30 km/h in der Wünsdorfer Adlershorststraße und in Zesch Unter den Eichen.

In besagter Bauausschusssitzung antwortete die Bürgermeisterin wie aus der Pistole geschossen, bitte lesen Sie den Bericht aus der Verwaltung zur konstituierenden Sitzung und lesen Sie bitte den Bericht der Verwaltung zur Sitzung der SVV im Juli.

Sehr geehrte Anwesende, ich habe das getan. Bitte überzeugen Sie sich selbst und lesen Sie auch dort nach. In beiden Berichten finden Sie keinen Hinweis auf die von mir gestellten Nachfragen. Darauf habe ich auch in der Sitzung des Bauausschusses am 07.01.2009 hingewiesen. Bis heute hat die Bürgermeisterin es nicht für erforderlich gehalten, mir die geforderten Antworten zukommen zu lassen.

Frau Vorsitzende, ich bitte Sie, sich der Angelegenheit anzunehmen. Ich habe nichts Außergewöhnliches von der Stadtverwaltung verlangt. Ich habe lediglich von meinem Recht auf Auskunft, verbunden mit der Kontrolle gefasster Beschlüsse, Gebrauch gemacht. Ich bitte Sie, mich und andere Abgeordnete bei der Wahrnehmung unserer Rechte und Pflichten zu unterstützen und eine Regelung herbeizuführen, die das ermöglicht. Im konkreten Fall erwarte ich eine umgehende, schriftliche Beantwortung meiner Fragen.

Eine weitere Bitte habe ich an den Vorsitzenden des Ausschusses für Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung und an die Verwaltung: für die Sitzung am 19.11.2008 hatte ich per Mail gebeten, uns anhand des Haushaltsplanes 2008 über die Abarbeitung der dort aufgeführten Projekte zu berichten. Ich bekunde hiermit mein Unverständnis, dass die Verwaltung dem nicht nachkommen konnte. In der letzten Sitzung hatte Herr Kühnapfel, Vorsitzender der CDU-Fraktion, den Wunsch vorgetragen, dass die Verwaltung über die Abarbeitung der Prioritätenlisten in der nächsten Ausschusssitzung berichten möge. Zu vernehmen war, dass die Verwaltung dem nachkommen wollte. Ich bitte den Ausschussvorsitzenden und die Verwaltung noch einmal, auch meinem weitergefassten Auskunftersuchen nachzukommen. Wir benötigen diese Informationen, um die ausstehenden Diskussionen für die Haushaltsplanung 2009 führen zu können. Ich sehe auch keine Notwendigkeit, hierfür den Haushaltsabschluss für 2008 abzuwarten. Über den Stand der Abarbeitung muss die Verwaltung zu jeder Zeit Auskunft geben können.

Wir Abgeordneten haben nicht nur das Recht und die Pflicht, den Haushalt für die Stadt zu beschließen, wir haben auch die Pflicht, die Einhaltung des Haushaltsbeschlusses zu kontrollieren und sollten es nicht zulassen, dass die Verwaltung sich dieser Kontrolle, warum auch immer, entzieht.“

Herr Dr. Reinecke (wörtliche Wiedergabe):

„Nachfrage zur Anfrage Stand Beanstandungsverfahren der Stadt Zossen in der SVV am 21.01.2009:

Beschlüsse sind bekanntlich die Grundlage der Tätigkeit der kommunalen Selbstverwaltung, also sowohl der Verwaltung im engeren Sinne als auch der SVV.

Deshalb müssen alle Beteiligten schon wissen, welche Beschlüsse denn nun umgesetzt werden müssen oder auch nicht. Nach Vorstellung unserer Fraktion möchten wir die aus der vorangegangenen Legislaturperiode noch offenen Fragen bald einer Lösung zuführen. Dazu müssen sie aber auch benannt werden.

Auf meine am 04.12.in der Verwaltung eingegangene Anfrage zu Beanstandungsverfahren der Stadt Zossen habe ich von Ihnen, Frau Schreiber, einen Auszug aus den Berichten der Verwaltung vom 18.09.2007 und vom 29.01.2008 erhalten.

Daraus geht hervor, dass Sie bis zum Stand 29.01.2008 9 Beschlüsse der SVV beanstandet haben, von denen nach Ihren Angaben der Landrat 7 Beanstandungen abgelehnt hat, die Sie jedoch neu beanstanden wollten. Bei 2 Beschlüssen waren demnach Ihre Beanstandungen begründet.

Nach den Unterlagen, die ich bisher erhalten habe, wurde die Stadtverordnetenversammlung seit Januar 2008 bis zu den Neuwahlen nicht mehr über Ergebnisse erneuter Beanstandungen oder auch hinzugekommener Beanstandungen unterrichtet.

Frau Schreiber, Sie teilten mir weiter mit:

„Die Verwaltung prüft derzeit die neuen Sachstände der noch offenen Verfahren und arbeitet eine Aktualisierung aus, die Ihnen dann vorgelegt wird.“

So Ihre Zusage vom 17.12.2008

Vom 04.12.bis 21. Januar müsste ausreichend sein, um den Stadtverordneten für Ihre Arbeit einen solchen Überblick zu geben. Ein solcher Überblick ist sicherlich in der Verwaltung ständig präsent, ansonsten würde sie mangelhaft arbeiten. Er muss also nicht erst neu erarbeitet werden.

Meine Anfragen:

Was genau hat Sie daran gehindert, bis heute eine solche Übersicht vorzulegen?

Bis wann soll dies nachgeholt werden?

Meine Forderung:

Mit Einladung zur nächsten Ausschusssitzung RSO ist diese Übersicht vorzulegen.“

Herr Preuß:

Ist ein Beschluss der letzten Sitzung beanstandet worden (Gültigkeit der Kommunalwahl)?

Frau Schreiber:

Im TOP 9.13 gibt es dazu ausführliche Ausführungen.

Herr Lüders:

Er hat noch keine Einladung erhalten für die nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.01.2008.

Frau von Schrötter hat nach eigener Aussage auch noch keine Einladung erhalten für diese nichtöffentliche Sitzung.

Frau Schreiber:

Die Ladung ist ordnungsgemäß und fristgemäß rausgegangen.

Frau Andrae:

In dem Umschlag für die Sitzung in der nächsten Woche liegt ein Zeitungsausschnitt der MAZ von 1989 dabei. Dieser ist von ihr. Sie bittet um Meinungsbildung zur nächsten Woche, ob sie eine Veranstaltung mit der Kirchengemeinde in die Wege leiten soll.

zu 8

### **Wahl des Vertreters im Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes "Dahme-Notte"**

Frau Schreiber:

Die Verwaltung schlägt Herrn Grunow als Vertreter im Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Dahme-Notte“ vor. Er besitzt schon Erfahrung auf diesem Gebiet.

Frau Andrae fragt, ob geheime Wahl gewünscht wird. Dies ist nicht der Fall.  
Wer ist dafür, dass Herr Günther Grunow Vertreter im Verbandsausschuss des Wasser- und Bodenverbandes „Dahme-Notte“ ist?

Abstimmung: einstimmig 28 x Ja

Herr Grunow erklärt auf Nachfrage, dass er die Wahl annimmt.

## zu 9 **Beschlussvorlagen**

### zu 9.1 **Entscheidung über die Stellenbesetzung Leiter/Leiterin Ordnungsamt** **Vorlage: 001/09**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stimmt der Einstellung von Frau Stefanie Klähn als Leiterin des Ordnungsamtes der Stadt Zossen zum 01.02.2009 zu.

Frau Schreiber:

Frau Stefanie Klähn als mögliche neue Ordnungsamtsleiterin ist heute hier anwesend und würde bei heutiger Beschlussfassung ihren Dienst am 01.02.2009 antreten.

Frau Schreiber übergibt Frau Klähn das Wort.

Frau Klähn stellt sich kurz vor und berichtet über ihren bisherigen beruflichen Werdegang.

Änderungsantrag von Herrn Preuß:

Wir würden gerne die Beschlussvorlage 001/09 zurückstellen bis im Haushaltsplan über den Stellenplan entschieden wird. Wir müssen darüber nachdenken, ob in der Verwaltung eine effizientere Möglichkeit besteht, z.B. die Zusammenlegung von Ämtern in der Stadtverwaltung bzw. Umstrukturierungen.

Er verweist auf die fehlenden Stellen in der Jugendarbeit und Schulsozialarbeit, die er für sehr wichtig erachtet. Die Verwaltung führt die Doppik ein, eventuell notwendige Verschiebungen im Stellenplan.

Frau Schreiber bittet dringend, über diese Beschlussvorlage heute abzustimmen. Im Ordnungsamt sind nur pflichtige Aufgaben angesiedelt. Es wird mit Sicherheit keine Abschaffung des Ordnungsamtes und damit des Ordnungsamtsleiters geben. Das Ordnungsamt ist der größte Brocken in der Verwaltung, dort werden wir sicher nicht sparen.

Herr Hummer:

Wir brauchen einen Ordnungsamtsleiter. Das hat doch hier alles was mit Blockade zu tun. Das sollte heute beschlossen werden.

Herr Preuß:

Es geht nicht darum, diese Pflichtaufgaben abzuschaffen, aber über die Zusammenlegung kann man nachdenken.

Herr Grebe:

Für solch einen Tagesordnungspunkt sollten wir doch mal 10 Minuten haben. Was hier stattfinden soll, ist eine Blockade für die Verwaltung. Das Ordnungsamt hat am meisten mit den Bürgern zu tun. Um einen Ordnungsamtsleiter einzustellen, erst auf den Haushalt zu warten, stellt eine Blockade dar.

Ordnungsruf von Frau Andrae: Nicht ins Persönliche gehen!

Frau Michler:

Das Vorschlagsrecht obliegt der Bürgermeisterin. Wir haben eine schlanke Verwaltung und arbeiten mit 3,1 Mitarbeitern pro 1000 Einwohner, der Kreis mit über 4 Mitarbeitern.

Wir sollten heute darüber abstimmen.

Herr Tschorn:

Er glaubt, hier findet eine Blockadehaltung statt, indem man andere Vorschläge von Stadtverordneten gar nicht hören möchte. Im Spätherbst 2007 wurde bereits darauf hingewiesen, dass es nicht angebracht ist, die Pressestelle einzurichten. Mit dem Haushaltsplan 2008 war dann die Stelle geschaffen, genau das wollen wir verhindern. Wir sollten über die Problematik diskutieren und keine vorschnellen Beschlüsse fassen.

Frau Schreiber:

Wir sind uns einig, dass es eine Leitungsperson für das Ordnungsamt geben muss. Ein anderer Name für diese Stelle ist möglich, z.B. Sachgebietsleiter. Es handelt sich um eine Leitungsstelle für 20 Mitarbeiter. Sie hängt nicht an der Bezeichnung „Amtsleiter“.

Herr Kühnapfel beantragt Ende der Diskussion, Ende der Rednerliste und Abstimmung.

Frau von Schrötter erhält noch das Wort.

Ihrer Meinung nach können wir nicht diskutieren über die Verwaltungsstruktur, das ist Sache des Bürgermeisters. Über die Reduzierung kann, aber muss man nicht nachdenken. Sie ist nicht immer für die Stellenreduzierung.

Frau Andrae:

Es gibt noch den Antrag von Herrn Preuß auf Vertagung, bis der Haushaltsplan und der Stellenplan vorliegen.

Wer ist für diese Vertagung?

Abstimmung: 9 x Ja; 15 x Nein, 3 x Enthaltung

Der Vertagungsantrag ist damit abgelehnt.

Jetzt zur BV 001/09:

Wer ist für die Besetzung der Stelle des Ordnungsamtsleiters mit Frau Klähn?

Abstimmung: einstimmig 28 x Ja

**zu 9.2      Aufstellung eines Bebauungsplanes "An der Stubenrauchstraße" im Ortsteil Zossen**  
**Vorlage: 127/08**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Aufstellung einer Satzung über den Bebauungsplan mit dem Titel: " An der Stubenrauchstraße" wird beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die in der Anlage 2 dargestellte Fläche.  
und
2. Gemäß § 2 (1) des Baugesetzbuches (BauGB) wird die Aufstellung der Satzung ortsüblich bekanntgemacht.  
Gleichzeitig wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB in Form einer 2-wöchigen Offenlage beschlossen.

Herr Markwardt erklärt sich für befangen und nimmt während der Diskussion und der Abstimmung im Zuschauerraum Platz.

Frau Schreiber zu den Abstimmungsergebnissen in den Ausschüssen:

Ausschuss Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung vom 07.01.09:      4/0/1

Hauptausschuss vom 15.01.09: 5/2/1

Ortsbeirat Zossen vom 19.01.09: 2/1/2

Änderungsantrag von Herrn Preuß:

Seine Fraktion beantragt, die BV 127/08 zurückzustellen, verbunden mit dem Antrag auf Einberufung einer Sitzung, zu der die Einzelhändler der Stadt eingeladen werden sollen sowie Vorlage eines Verkehrskonzeptes und Kostenvergleiches.

Er begründet diesen Antrag:

Die B 96 ist der gestiegenen Verkehrsbelastung nicht mehr gewachsen, ursächlich sind die 4 Knotenpunkte. Welche Verkehrsauswirkungen auf dieses Gebiet zukommen, muss erstmal abgeklärt werden. Wir müssen die Knotenpunkte reduzieren. Bevor wir über den B-Plan reden, muss über diese Dinge geredet werden.

Er fragt die Stadtverordneten, ob diese wissen, welche Verkaufsfläche angedacht ist. Es ist von zwei sehr unterschiedlichen Flächen die Rede, welche stimmt?

Ab 20.07 Uhr nimmt Frau Timm an der Sitzung teil, somit sind jetzt alle 29 Mitglieder der SVV anwesend.

Auch die künftige Postbelegung spielt hier eine Rolle, das muss alles bedacht werden. Solche Fragen sollten vorher geklärt werden.

Herr Grebe:

Kaum jemand kennt die Verkaufsfläche. Vom Beginn eines großen Ganzen war die Rede.

Frau Schreiber:

Das Befragen der Gewerbetreibenden in der Innenstadt ist schon vor vielen Monaten geschehen. Die Gewerbetreibenden treffen sich regelmäßig. Es ist jetzt schon ein erheblicher Abfluss der Kaufkraft in der Innenstadt zu verzeichnen. Viele Leute kaufen bereits im Südring-Center bzw. im A 10-Center ein.

Wenn wir das verhindern können und selber eine große Einkaufsmöglichkeit schaffen können, sollten wir das auch tun. Wir können in Ruhe über die Verkehrsführung nachdenken.

Herr Kühnapfel:

Im Hauptausschuss sind alle Fraktionen vertreten, und wir haben dort diskutiert und abgestimmt.

Er stellt den Antrag, dass wir heute über die Beschlussvorlage abstimmen.

Wir entscheiden über die Aufstellung einer Satzung zum Bebauungsplan. Wir sollten die Vorarbeiten leisten. Er bittet darum, nicht zu blockieren.

Herr Noack:

Der Antrag von Herrn Preuß kommt zu spät. Heute geht es um die Wiederbelegung der Innenstadt. In Ludwigsfelde haben wir so viele Knotenpunkte, da dürften wir ja in Zossen gar nichts mehr machen. Über die Bahnquerung gibt es gar keine Rede, diese muss kommen. Die Innenstadt wird durch Kaufland nicht ruhiger werden als bisher.

Herr Schulz:

Die Fehler von 1990 müssen nicht wiederholt werden. Wir haben Verantwortung gegenüber den Gewerbetreibenden in unserer Innenstadt. Es ist richtig, noch mal nachzudenken. Er bittet, darüber nachzudenken, ob Kaufland nach Zossen kommen soll.

Frau Menges:

Wir haben schlechte Busverbindungen in den kleinen Ortsteilen und viele Rentner, die kein Auto haben. Es wird höchste Zeit, dass wir wieder mehr an Zossen angebunden werden.

Herr Baranowski:

Mit einigen Gewerbetreibenden in Zossen ist nicht gesprochen worden.

Die Feinheiten sollten nachher konkret am Bau geklärt werden. Erstmal den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan zu beschließen, hält er für vernünftig.

Herr Grebe:

Es sollen alle Gewerbetreibenden angesprochen und eingeladen werden.

Frau Schreiber:

Es gibt diese Runde, wo ständig eingeladen wird. Worüber entscheiden wir? Nicht über einen B-Plan, sondern über einen Aufstellungsbeschluss zum B-Plan.

Es ist nicht unser erster B-Plan. Der Aufstellungsbeschluss beginnt mit der Öffentlichkeitsbeteiligung. Jeder Bürger hat dann die Möglichkeit, Einwendungen

vorzubringen.

Der Satzungsbeschluss erfolgt nach Beratung der Einwendungen. Dort wird festgelegt, welche Art und welches Maß zulässig ist.

Wir als Stadtverordnete haben dann zu klären, welche intensive Nutzung wir gestatten. Sie bittet, den Weg für die Öffentlichkeitsbeteiligung freizumachen. Kaufland hat ein Vollsortiment. Wir haben die Chance, dass nicht mehr so viele Bürger nach außerhalb zum Einkaufen fahren. Arbeitsplätze und Wohnraum würden dort geschaffen werden, das brauchen wir dringend im Sanierungsgebiet.

Herr Tschorn:

Alles überzeugt ihn nicht in den Ausführungen von Frau Schreiber. Was wir wirklich brauchen, ein Bekleidungsgeschäft usw., bietet Kaufland nicht.

Frau Michler:

Sie stellt den Antrag zur Schließung der Rednerliste und Abstimmung.

Abstimmung zu diesem Antrag: 27 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung

Herr Hummer:

Wir haben in Zossen und Umgebung genug Ruinen. Wir sollten Zossen attraktiv gestalten.

Herr Schulz:

Zu den Ruinen in Zossen, auch im Stadtzentrum gibt es Ruinen. Er ist nicht gegen jeden Fortschritt. Die Gewerbetreibenden sollten noch mal gehört werden. Das Kaufland kommt, ist doch klar – über die Fläche können wir vielleicht noch reden.

Frau Schreiber:

Sie weist darauf hin, dass im B-Plan für ein konkretes Vorhaben nie die Stadt bezahlt, die Kosten trägt immer der Investor. Kein Investor hat Anspruch auf einen Satzungsbeschluss. Die Stadt Zossen hat zig Bebauungspläne nicht zum Satzungsbeschluss kommen lassen, das ist ein ganz normales Verfahren.

Wir reden von einem B-Plan an der Stubenrauchstraße. In dem konkreten Fall liegen auch Angebote von Textilanbietern vor, z.B. von kik. Investoren kommen sicher nicht, wenn wir keinen Ankermieter präsentieren.

Frau Menges:

Sie schlägt eine Analyse vor, ob es sich überhaupt lohnt für die Investoren.

Frau Andrae:

Antrag auf Abstimmung und Antrag auf Zurückstellung liegen vor.

Wer stimmt der Vertagung der BV zu?

Abstimmung: 13 x Ja; 13 x Nein; 2 x Enthaltung → damit abgelehnt

Herr Grebe beantragt 10 Minuten Beratungspause.

Frau Andrae:

Wir sind in der Abstimmungsphase, das geht so nicht.

Herr Tschorn beantragt, dass die Beisitzerin die Auszählung der Stimmen vornimmt und nicht Frau Schreiber.

Frau Andrae:

Abstimmung zur BV 127/08 in der vorliegenden Fassung: 14 x Ja; 13 x Nein; 1 x Enthaltung

Damit ist die Beschlussvorlage angenommen.

Herr Grebe verlässt den Raum. Herr Markwardt setzt sich wieder zu den Stadtverordneten.

**zu 9.3 Nutzungskonzept Bahnhofsgebäude Zossen  
Vorlage: 159/08**

**Beschlussvorschlag:**

1. Das anliegende Konzept zur Umnutzung des Bahnhofsgebäudes wird bestätigt.  
Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.

Frau Schreiber:  
Heute wurde vor der Sitzung die, entsprechend den Ausschussempfehlungen, geänderte Beschlussvorlage an alle Stadtverordneten verteilt (siehe obigen Beschlusstext).

Frau Schreiber erläutert die in den Ausschüssen vorgenommenen Änderungen. Der Punkt 2 im Beschlusstext (vordere Seite) wurde gestrichen, die Anlage 3 wurde gestrichen und bei den finanziellen Auswirkungen wurde der Vermerk: "Höhe für 2009 wird in der Haushaltsdebatte 2009 festgelegt" hinzugefügt.  
Diese geänderte Form kommt jetzt zur Abstimmung.

Abstimmung: 24 x Ja; 1 x Nein; 3 x Enthaltung

**zu 9.4 Neue Kita in Wünsdorf  
Vorlage: 134/08**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Bereitstellung einer Kita in Wünsdorf gemäß

Variante \_\_\_\_\_

Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt 2009 einzustellen.

Frau Schreiber trägt die Ergebnisse der Beratung in den Ausschüssen vor und fasst die Ergebnisse zusammen.

Sie wird darüber informieren, wie viel Geld wir vom Bund bekommen. Die Forderung an die EWZ steht im Raum, die 3. Kita für Wünsdorf zu bauen.

Im Haushalt 2009 und 2010 sind 2,5 Mio € eingeplant und dazu kommen noch Fördermittel.

Sie zieht die Beschlussvorlage zurück und legt sie wieder vor, wenn sie weiß, wie viel Geld wir bekommen.

**zu 9.5 Bestätigung der Entscheidung der Verwaltung zur Umsetzung von Mitteln aus dem Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und zur Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich: hier Kinderspielplätze  
Vorlage: 137/08**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Mittelumsetzung und Zulassung der außerplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen – wie in der Begründung aufgeführt.

Herr Lüders und Herr Grebe haben den Sitzungsraum verlassen.

Herr Baranowski:

Der TOP 10.1. soll heute noch behandelt werden. Er stellt den Antrag auf Fortführung der Sitzung nach 22.00 Uhr.

Abstimmung zu diesem Antrag: 26 x Ja; 1 x Nein; 0 x Enthaltung

Herr Lüders ist wieder anwesend, Herr Grebe fehlt noch.

Abstimmung zur BV 137/08: einstimmig 28 x Ja

**zu 9.6 Bestätigung der Entscheidung der Verwaltung zur Zulassung außerplanmäßiger Ausgaben mit Ausgleich - hier: Eisenbahnkreuzung in Wünsdorf  
Vorlage: 138/08**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Entscheidungen der Verwaltung zur Zulassung der in der Begründung aufgeführten überplanmäßigen Ausgaben mit Ausgleich an anderer Stelle des Haushaltes der Stadt Zossen in Höhe von 9.496,20 EUR.

Herr Tschorn:

Die Vorlage der Studie und Anlagen fehlen. Wir sind nicht bereit, darüber abzustimmen. Die Unterlagen liegen mindestens ein halbes Jahr in der Verwaltung vor.

Herr Tschorn trägt den Antrag der Fraktion DIE LINKE vor:

„Sehr geehrte Abgeordnete, Frau Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin,

die Fraktion DIE LINKE wird dieser Vorlage nicht zustimmen. Bereits im Ausschuss Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung habe ich darauf hingewiesen, dass das Ergebnis der Studie den Stadtverordneten noch immer nicht vorliegt. Das Nichtvorliegen kritisieren wir entschieden, weil uns als Fraktion damit die Möglichkeit genommen wird, uns mit dem Ergebnis auseinanderzusetzen und mit ihm zu arbeiten.

Wir sind nicht bereit, Ausgaben für eine Studie **nachträglich** zu bestätigen, solange uns die Studie mit ihren Anlagen nicht vorgelegt wird.

In der Begründung zur Beschlussvorlage heißt es u.a.: „Die Ergebnisse der Studie (inkl. Verkehrszählung) wurden nach der Sommerpause mit den Bürgern weiter besprochen.“ Wir, die Fraktion DIE LINKE, können diese Aussage nicht nachvollziehen. Uns sind nach der Einwohnerversammlung zu dieser Thematik, im Frühjahr 2008, nur zwei Veranstaltungen bekannt, die sich mit möglichen Eisenbahnquerungen in Wünsdorf beschäftigt haben. Das ist eine Wahlkampfveranstaltung der Wählergemeinschaft Plan B in Wünsdorf zur Kommunalwahl 2008 gewesen und nach der Kommunalwahl die Sitzung des Wünsdorfer Ortsbeirates am 06.11.2008.

**Frau Vorsitzende, die Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag:**

Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Nachweis zu erbringen, wann sie die Studie zur Eisenbahnkreuzung in Wünsdorf erhalten hat und an wen und wann sie diese Studie weitergereicht hat. Zudem möge die Verwaltung darlegen, bei welchen Veranstaltungen die Studie als Grundlage diene.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE müssen auf Grund der Vorenthaltung der Studie zu dem Verdacht kommen, dass ihr ein Nachteil im Kommunalwahlkampf 2008 zugefügt wurde. Wir hoffen, dass der geforderte Nachweis diesen Verdacht ausräumen kann. Zudem beantragen wir, dass die Studie allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.“

Frau Schreiber:

Sie sollen heute nicht die Studie beschließen. Die Veranstaltung, auf der die Studie mit den Bürgern besprochen wird, findet im Januar statt. Es gab nur eine Tabelle mit den Verkehrsströmen. Es geht um das Geld, das für die Studie freigegeben wird.

Herr Markwardt:

Die Rechnung muss bezahlt werden. Einen Verkehrsstau hat er noch nicht erlebt. Wir bekommen das Geld nicht mehr zurück. Wenn wieder Aufträge vergeben werden, sollten

die Stadtverordneten informiert werden.

Herr Tschorn:

Es ist bei uns so üblich, dass uns die Stadtverwaltung nicht umfassend informiert, Ergebnisse werden uns nicht vorgelegt.

Herr Zurawski:

Wir haben in Wünsdorf schon zwei Einwohnerversammlungen zur Bahnquerung gehabt, Sie haben an beiden teilgenommen.

Ende Januar gibt es eine Einwohnerversammlung in Wünsdorf, Ende Februar eine solche in Neuhof.

Der Ortsbeirat hat die Unterlagen bekommen.

Frau Schreiber:

Wir sind in der Debatte für die Bezahlung einer Studie. Es geht um die Verschiebung aus einer Haushaltsstelle in die andere.

Sie hat es verstanden, dass die Stadtverordneten die Studie eher erhalten wollen. Sie sagt zu, dass sie diese über die Postfächer schnellstens erhalten werden.

Herr Steinert:

Wir sprechen hier von einem Antrag mit der Summe von 10 T€

Er spricht die Einsparung Winterdienst an (s. Begründung der BV). Hier wird von der Stadt Geld verschoben.

Frau Schreiber:

Bahnquerung Zossen und Wünsdorf → bei der Beratung waren die Stadtverordneten dabei. Wenn das Planungsbüro eine Studie erstellen soll, muss man diese auch bezahlen.

Herr Zurawski:

Winterdienst: Es geht um eingesparte Mittel aus dem vorigen Winter. Planung ist nötig, wenn wir eine Einwohnerversammlung machen wollen. Die Planung muss bezahlt werden und wir müssen das bestätigen.

Herr Hummer:

Antrag: Abbrechen, Abstimmen, Feierabend

Herr Tschorn:

Herr Zurawski sagte, es ginge um eingesparte Mittel aus dem vorigen Winter. Bei uns wird der Haushalt erst lange nach dem Winter beschlossen, also anhören, nachsacken lassen und dann reden!

Frau Andrae:

Die von Herrn Tschorn geforderten Informationen werden den Stadtverordneten zur Verfügung gestellt.

Wer ist dafür? Abstimmung: 20 x Ja; 6 x Nein; 3 x Enthaltung

Die BV 138/08 bleibt also unverändert.

Abstimmung zur BV 138/08 in der vorliegenden Form: 21 x Ja; 0 x Nein; 7 x Enthaltung

Damit ist die Beschlussvorlage angenommen.

zu 9.7

### **Förderung der Jugendarbeit und Schulsozialarbeit für das Jahr 2009**

**Vorlage: 135/08**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die Finanzierung bzw. Co-Finanzierung für folgende Stellen der Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit zu übernehmen:

1,0 VZE Jugendarbeit im Jugendclub Wünsdorf i.H.v. 21.917,09 €

1,0 VZE Schulsozialarbeit Gesamtschule Dabendorf i.H.v. 14.602,50 €

- 1,0 VZE Jugendarbeit Jugendzentrum Zossen i.H.v. 14.602,50
- 0,75 VZE Jugendkoordination Jugendzentrum Zossen i.H.v. 10.951,88 €
- 0,5 VZE Jugendarbeit Jugendfreizeiteinrichtung Glienick i.H.v. 5.700,00 €

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt weiter, die Vollfinanzierung der Jugendarbeit im Jahr 2009 für folgende weitere Stellenanteile zu übernehmen:

- 0,5 VZE Jugendclub Wünsdorf
- 0,25 VZE Jugendzentrum Zossen für die Jugendarbeit in den Ortsteilen Schöneiche, Kallinchen und Nunsdorf

Frau von Schrötter:

Hinweise zur „Förderung der Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit in Zossen“

1. Zur Bedarfsermittlung innerhalb Zossens:

- Veränderung wird gesehen in Sozialarbeit an Oberschule Wünsdorf vor Peilhütte – Jugendparlament stimmt dem zu
- Stellenanteil dazu soll 0,75 VZE umfassen (= 0,5 VZE Jugendarbeit Peilhütte plus 0,25 VZE Mehrbedarfsmeldung an Jugendamt)
- Dieser Bedarf soll gegenüber dem Amt für Jugend und Soziales des Kreises vertreten werden und in den noch laufenden Bedarfsplanungszeitraum (bis 2009) eingearbeitet werden. Ziel: SaS zu Beginn des kommenden Schuljahres
- Danach Einarbeitung in die neue Bedarfsplanung ab 2010

2. Zur Finanzierung:

- Anteil der Co-Finanzierung muss, um Stelle adäquat mit einer vorgegebenen Fachkraft besetzen zu können, auf max. Personalkostenförderung gesetzt werden = 10.951,86 €

3. Zur Ausrichtung der Jugendarbeit in Zossen:

Veränderungen zu den Arbeitsschwerpunkten (z.B. Jugendkoordination: Streetwork) soll im Ausschuss mit dem Fachamt und den Sozialarbeitern erarbeitet werden.

Frau von Schrötter bittet darum, Herrn Müller einzuladen.

Frau Schreiber:

Im letzten SJBS waren alle Fraktionen anwesend, außer Bündnis90/Die Grünen-FDP  
Wenn das Ergebnis nach der Abfrage beim Jugendamt vorliegt, dann Beschlussvorlage zur Entscheidung!

Heute nimmt sie die Beschlussvorlage 135/08 zurück.

**zu 9.8 Berufung von sachkundigen Einwohnern in den Ausschuss " Recht, Sicherheit und Ordnung"**  
**Vorlage: 002/09**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gemäß § 43 Abs. 4 KVerf des Landes Brandenburg folgende sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder in den Ausschuss „Recht, Sicherheit und Ordnung“:

- Frau/Herr ..... Frau/Herr .....
- Frau/Herr ..... Frau/Herr .....
- Frau/Herr .....

Herr Baranowski möchte ein paar grundlegende Worte zu der Besetzung der Ausschüsse mit sachkundigen Einwohnern sagen.

Wenn jeder Ausschuss diesbezüglich nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren besetzt werden würde, würden seine Fraktion und die Fraktion CDU keinen Sitz erhalten. Er beantragt dazu eine Beratungspause.

Frau Schreiber:

Wenn die Ausschüsse streng nach Hare-Niemeyer besetzt werden, dann erhalten:

Fraktion DIE LINKE	1 sachkundigen Einwohner
Fraktion SPD	1 sachkundigen Einwohner
Fraktion VUB	1 sachkundigen Einwohner
Fraktion Plan B	2 sachkundige Einwohner
Fraktion CDU	keinen sachkundigen Einwohner
Fraktion Bündnis90...	keinen sachkundigen Einwohner

Vorschläge liegen von einigen Fraktionen vor.

Wenn eine einvernehmliche Einigung erfolgt, werden alle 25 Sitze in einen Berechnungstopf geworfen

SPD und Linke	je 5
VUB	nicht 5, sondern 4
Plan B	nicht 10, sondern 8
CDU	nicht 0, sondern 3
Bündnis 90/Die Grünen-FDP	nicht 0, sondern 2

Frau Andrae um 21.23 Uhr:

Wir machen jetzt eine kurze Pause von 10 Minuten.

Um 21.35 Uhr bittet Frau Andrae die Fraktionsvorsitzenden zu sich nach vorne.

Um 21.40 Uhr wird die Sitzung fortgesetzt.

Es werden folgende Vorschläge für die Besetzung des Ausschusses Recht, Sicherheit und Ordnung verlesen:

DIE LINKE	Joachim Büder
SPD	Detlef Klucke
VUB	Ulrike Nowy
Plan B	Kerstin Lindstedt und Thomas Blanke

Frau Schreiber äußert als Verwaltung die Bitte um kurzfristige schriftliche Übergabe der Vor- und Zunamen einschließlich der Adressen.

Abstimmung über die o.g. Besetzung des Ausschusses RSO:

27 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung

**zu 9.9 Berufung von sachkundigen Einwohnern in den Ausschuss "Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung"**

**Vorlage: 003/09**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gemäß § 43 Abs. 4 KVerf des Landes Brandenburg folgende sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder in den Ausschuss „Bau, Bauleitplanung und Wirtschaftsförderung“:

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr .....

Es werden folgende Vorschläge für die Besetzung des o.g. Ausschusses verlesen:

DIE LINKE Brigitta-Carla Kramer  
SPD Jürgen Grebe  
VUB Carmen Trebschuh  
Plan B Hartmut Miethge und Burghardt Tews

Abstimmung: 28 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

**zu 9.10 Berufung von sachkundigen Einwohnern in den Ausschuss "Finanzen"**  
**Vorlage: 004/09**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gemäß § 43 Abs. 4 KVerf des Landes Brandenburg folgende sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder in den Ausschuss „Finanzen“:

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr .....

Es werden folgende Vorschläge für die Besetzung des o.g. Ausschusses verlesen:

DIE LINKE Peter Glief  
SPD Siegmund Trebschuh  
VUB Detlef Schmidt  
Plan B Peggy Kühnapfel und Barbara Kaulen

Abstimmung: 28 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

**zu 9.11 Berufung von sachkundigen Einwohnern in den Ausschuss "Soziales, Jugend, Bildung und Sport"**  
**Vorlage: 005/09**

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gemäß § 43 Abs. 4 KVerf des Landes Brandenburg folgende sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder in den Ausschuss „Soziales, Jugend, Bildung und Sport“:

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr ..... Frau/Herr .....

Frau/Herr .....

Es werden folgende Vorschläge für die Besetzung des o.g. Ausschusses verlesen:

DIE LINKE Steffen Sloty  
SPD Marcel Penquitt  
VUB Nicole Ciecelski  
Plan B Clarissa Böhm und Sven Rupprecht

Abstimmung: 26 x Ja; 0 x Nein; 3 x Enthaltung

zu 9.12 **Berufung von sachkundigen Einwohnern in den Ausschuss " Kultur, Tourismus und Landesgartenschau"**  
Vorlage: 006/09

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gemäß § 43 Abs. 4 KVerf des Landes Brandenburg folgende sachkundige Einwohner als beratende Mitglieder in den Ausschuss „Kultur, Tourismus und Landesgartenschau“.

Frau Michler trägt die Bitte des Seniorenbeirates vor, eventuell diesen in der Besetzung der Ausschüsse zu berücksichtigen.

Es werden folgende Vorschläge für die Besetzung des o.g. Ausschusses verlesen:

DIE LINKE	Klaus Reinhard
SPD	Ulrike Herrmann
VUB	Sabine Friedrich
Plan B	Andreas Sakowski und Dietlinde Sülflow

Abstimmung: 27 x Ja; 0 x Nein; 2 x Enthaltung

Frau Andrae: Jetzt kommen wir zu dem verschoben Tagesordnungspunkt „Wahl“.

zu 9.13 **Entscheidung über die Gültigkeit der Kommunalwahlen am 28.09.2008 (Wiedervorlage)**  
Vorlage: 117/08

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen stellt fest, dass Einwendungen gegen die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Ortsbeiräten vorliegen. Nach Prüfung dieser Einwendungen beschließt sie die folgende Wahlprüfungsentscheidung:

1. Die Einwendungen gegen die Wahlen sind nicht begründet und werden zurückgewiesen.  
Die Wahlen sind gültig.

oder

2. Die Einwendungen gegen die Wahlen sind begründet. Die Ihnen zugrunde liegenden Tatsachen haben die Wahlergebnisse aber nicht beeinflusst.  
Die Wahlen sind gültig.

oder

3. Die Einwendungen gegen die Wahlen sind sämtlich bzw. zum Teil begründet. Die den begründeten Einwendungen zugrunde liegenden Tatbestände sind so schwerwiegend, dass bei einer einwandfreien Durchführung der Wahlen wesentlich andere Wahlergebnisse zustande gekommen und festgestellt worden wären.  
Die Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Ortsbeiräten der Stadt Zossen werden als ungültig erklärt.

Frau Andrae:

Diese Beschlussvorlage hat ihr sehr viel Kopfschmerzen bereitet, insbesondere dass die Stadtverwaltung an dem Verfahren beteiligt ist. Sie hat ein Schreiben an die Kommunalaufsicht und an Herrn Kramer gesandt.

Gestern Abend hat sie die Antwort von der Kommunalaufsicht erhalten. Das entsprechende Schreiben wurde an alle Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung verteilt.

Sie erläutert kurz den Inhalt:

1. Beschluss sieht unzulässige Erweiterung des Kreises der Beteiligten am

- Wahlprüfungsverfahren vor, Beschluss ist aufzuheben;
2. bei Wiederholungswahl bleibt die jetzige Stadtverordnetenversammlung bis zum Zusammentreten der in der Wiederholungswahl neugewählten Vertretung im Amt, ansonsten vertretungslose Zeit;
  3. die SVV ist verpflichtet, eine Wahlprüfungsentscheidung zu treffen, d.h. sie muss sich mehrheitlich für eine der drei in Frage kommenden Varianten entscheiden und diese Entscheidung begründen – Begründung muss Bestandteil der Beschlussfassung sein (gilt sowohl für die Wahl der SVV als auch für die Ortsbeiräte)

Frau Schreiber:

Sie hat das Innenministerium als obere Kommunalaufsicht diesbezüglich angeschrieben, aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Der Beschluss auf Antrag von Frau Michler wäre dann rechtswidrig und zu beanstanden. Wenn der Antrag von Frau Michler rechtmäßig ist, müsste sie sich als befangen erklären und könnte nicht mit abstimmen. Sie wird als Verwaltung auf gar keinen Fall über den Beschluss abstimmen lassen, wenn, egal auf welcher Seite, einer fehlt.  
Sie zieht die Beschlussvorlage heute zurück.

Herr Preuß äußert sich kurz zu diesem Problem. Bevor Frau Michler ihren Antrag gestellt hat, hat er auf das Wahlgesetz hingewiesen. Der Wahlleiter empfiehlt einen Beschluss, der rechtswidrig ist.

Sein Eindruck: Das Ganze ist ein taktisches Spiel. Die Bürgermeisterin kann auch nicht einfach sagen, dass sie nicht abstimmen lässt, wenn einer fehlt. Das Ganze ist ein Spielchen, das er nicht in Ordnung findet.

Frau von Schrötter:

Wenn ein neuer Beschluss formuliert wird, dann Bezug nehmen auf das Votum des Wahlausschusses.

Frau Schreiber:

Wir werden das alles ganz in Ruhe prüfen.

Frau Brumm stellt den Antrag, das Ministerium zu der entsprechenden Sitzung einzuladen.

Außerdem spricht sie den Sitzungstag für die Stadtverordnetenversammlung an, entweder Dienstag oder Donnerstag, wie es war.

Frau Andrae:

Die Sache sollte spätestens bis zum 25. Februar vom Tisch sein.

Herr Noack:

Als wir das erste Mal über die Wahl abstimmen wollten, sind alle gegangen.

Zum Wahlleiter: Bei den Worten des Kreiswahlleiters kann auch nicht von Neutralität die Rede sein.

## **zu 10      Anträge von Fraktionen**

- zu 10.1      Antrag der Fraktion vom 30.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:**  
**Unterstützung des Volksbegehrens "Keine neuen Tagebaue - für eine zukunftsfähige Energiepolitik"**  
**Vorlage: 141/08**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen unterstützt das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ und ruft alle

wahlberechtigten Einwohner der Stadt Zossen auf, sich im Einwohnermeldeamt der Stadt Zossen in die Liste des Volksbegehrens einzutragen.

Herr Preuß:  
DIE LINKE stimmt dem Antrag zu.

Herr Kühnapfel:  
Er kann leider nicht zustimmen, aus seiner Sicht ist der Beschluss keine Zukunft. Bis 2020 rechnet man mit 18 – 20% in alternativen Energien, die restlichen 40 – 50% fehlen uns einfach.

Abstimmung: 20 x Ja; 7 x Nein; 2 x Enthaltung  
Damit ist der Beschluss angenommen.

22.00 Uhr: Frau Andrae weist darauf hin, dass die Sitzung mit mehrheitlicher Zustimmung fortgesetzt wird.

**zu 10.2     Antrag der Fraktion CDU vom 14.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 20.11.2008:  
Überprüfung der neu gewählten Stadtverordneten auf Stasivergangenheit  
Vorlage: 142/08**

**Beschlussvorschlag:**

Die Zossener Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:  
Alle gewählten Stadtverordneten der SVV Zossen werden auf Mitarbeit direkter oder indirekter Art beim ehemaligen MfS überprüft und das Ergebnis der Überprüfung wird öffentlich gemacht.

Frau Brumm beantragt die Erweiterung des Antrages dahingehend, dass auch alle neuen Ortsbeiräte überprüft werden.

Frau Schreiber:  
Wir können nicht über die Köpfe der Ortsbeiräte beschließen. Sie würde diesen Antrag an die Ortsbeiräte weitergeben mit der Bitte, sich damit zu beschäftigen.

Herr Lüders:  
Sind die sachkundigen Einwohner hier mit einbezogen?

Frau Andrae:  
Nein, das war auch nie so, immer nur Überprüfung der Stadtverordneten.

Abstimmung: 26 x Ja; 1 x Nein; 2 x Enthaltung

**zu 10.3     Antrag der CDU-Fraktion vom 03.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 06.11.2008:  
Umgehende Erschließung aller Zossener Ortsteile und Gemeindeteile mit Breitband-Internetanschlüssen (DSL) mit Mindestgeschwindigkeiten von 6000 Kbit/s  
Vorlage: 136/08**

**Beschlussvorschlag:**

Die Zossener Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich unverzüglich für eine tragbare Lösung mit der Deutschen Telekom AG ins Einvernehmen setzen.
- 2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Kreisverwaltung TF aufzufordern, eine alternative Sofortlösung für Breitbandanschlüsse bei den zuständigen Unternehmen in der Region zu beantragen bzw. entsprechende

Vereinbarungen herbeizuführen.

Frau Schreiber:

Sie verweist auf den gelben Zettel, der vor der Sitzung zu dieser Beschlussvorlage verteilt wurde. Dort sind die Änderungen aus den Ausschüssen eingetragen.  
Im BBW wurde die Vorlage mit 5/0/0 dahingehend geändert, dass das Wort „Telekom AG“ gestrichen wird und durch „...kompetenten Anbietern...“ ersetzt wird.

Frau von Schrötter:

Die SPD unterstützt alle Aktivitäten zu Breitbandanschlüssen. Es gibt eine Initiative auf Kreisebene dazu, welche sie kurz erläutert.  
Sie bittet um Abstimmung, dass die Stadt Zossen der Breitbandinitiative zustimmt.

Herr Kühnapfel:

Da sind wir auf einer Wellenlänge, so schnell wie möglich ein Pilotprojekt anschieben, mindestens 6 Mbits. Mit Beschluss wäre gesagt, dass die Stadt das auch möchte.  
Er bittet darum, dem Beschluss zuzustimmen.

Herr Grebe:

Das kann kein Problem sein, wir schließen uns der Initiative des Landkreises an.

Frau Schreiber:

Wir sollten uns nicht von vornherein festlegen, vielleicht gibt es noch kompetentere Anbieter.

Abstimmung über die laut BBW geänderte Beschlussvorlage (s.o.): einstimmig 29 x Ja  
Damit ist der Antrag von Frau von Schrötter hinfällig.

**zu 10.4     Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:  
In Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger die Ausschreibung für den Verkauf des Grundstücks Gemarkung Zossen, Flur 13, Flurstück .... (ehemaliges Leo-Grundstück im Stadtpark) vorbereiten  
Vorlage: 152/08**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Die Stadtverwaltung bereitet in Zusammenarbeit mit dem Sanierungsträger die Ausschreibung für den Verkauf des Grundstücks Gemarkung Zossen, Flur 13, Flurstück .... (ehemaliges Leo-Grundstück im Stadtpark) vor.

Herr Preuß:

Die Linke wird dieser und der folgenden Beschlussvorlage nicht zustimmen.  
Begründung: Es geht um Grundstücke, die den Park tangieren.  
Seine Fraktion würde einem Stadtentwicklungskonzept, in dem die historischen Facetten des Parkes ihren Niederschlag finden, zustimmen.  
Der Stadtpark sollte auch noch viel besser in den Mittelpunkt der Stadt gestellt werden, keine Wohnbebauung in der Gegend. Wir dürfen jetzt keine Wohnbebauung hinsetzen und damit vollendete Tatsachen schaffen.

Frau Schreiber:

Im Ausschuss BBW wurde mit 4/0/1 zugestimmt und im Ortsbeirat Zossen mit 4/1/0 ebenfalls.

Die SVV hat bereits im letzten Jahr einen Beschluss gefasst. Sie erläutert die schraffierten Flächen als zur Wohnbebauung freigegeben.

Nach dieser Beschlussfassung wurde der Sanierungsträger beauftragt, mit wie viel Fläche bebaut werden könnte.

Unabhängig von der heutigen Beschlussfassung wird es ein gestalterisches Konzept geben.

Herr von Lützwow ist nicht mehr anwesend.

Abstimmung in der vorliegenden Form: 13 x Ja; 12 x Nein; 3 x Enthaltung  
Damit ist die Beschlussvorlage angenommen.

**zu 10.5**     **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008:**  
**Umsetzung des Projektes "Panoramaweg Zossen - Mühlenberge"**  
**Vorlage: 154/08**

**Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:**

1. Die Stadt Zossen legt einen Wanderweg gemäß der Planung des Projektes „Panoramaweg Zossen – Mühlenberge“ an.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Zwecke des Erwerbs des in der Gemarkung Zossen gelegenen Grundstücks Flur 4, Flurstück 121, Verhandlungen über den Abschluss eines Grundstückstauschvertrages aufzunehmen.

Frau Schreiber weist auch in diesem Fall auf den gelben Zettel (gem. Ausschuss BBW geänderte Fassung) hin. Der Ausschuss BBW hat mit 3/1/1 mit einer Ergänzung in der Begründung zugestimmt.

Diese Ergänzung nach dem 2. Absatz in der Begründung lautet:

„Die Ausweisung und Herstellung des Weges führt nicht zur Einschränkung der Begehbarkeit der anliegenden Flächen.“

Abstimmung (mit diesem Zusatz in der Begründung): einstimmig 28 x Ja

**zu 10.6**     **Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - FDP vom 25.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 01.12.2008:**  
**Der Sanierungsträger wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, auf den Grundstücken Kirchstraße statt eines Parkplatzes alternative Bebauung zu ermöglichen**  
**Vorlage: 153/08**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Sanierungsträger wird gebeten, zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, auf den Grundstücken Kirchstraße (Bereich des sog. Parkplatzes C) statt eines Parkplatzes im Rahmen eines Gesamtkonzeptes Innenstadt Zossen eine alternative Bebauung zu ermöglichen (z. B. hochwertige, dem parkähnlichen Charakter dieses Bereiches angepasste Wohnbebauung).

Herr Baranowski:

Es geht um die alternative Bebauung. Was ist außer einem Parkplatz noch möglich? Es geht um das Finden von Varianten.

Frau Schreiber:

Es ist dringend erforderlich, zusätzliche Parkplatzflächen zu schaffen.

Abstimmung in der vorliegenden Form: 8 x Ja; 18 x Nein; 2 x Enthaltung

Diese Beschlussvorlage wurde damit abgelehnt.

**zu 10.7**     **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 28.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 03.12.2008:**  
**Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes**  
**Vorlage: 155/08**

### **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Leistungsbeschreibung für eine Stadtentwicklungskonzeption „Zossen 2025“ zu erstellen.  
Die Stadtentwicklungskonzeption soll mindestens folgende Fachkonzepte bzw. Gliederungspunkte beinhalten:
  - Fachkonzept Wohnen
  - Fachkonzept Wirtschaft und Beschäftigung
  - Fachkonzept Einzelhandel
  - Fachkonzept Umwelt und Energie
  - Fachkonzept Bildung und Erziehung (Kitas, Schulen, Bibliotheken ...)
  - Fachkonzept Soziales (als fachübergreifendes Konzept)
  - Fachkonzept Tourismus
  - Fachkonzept Kultur
  - Fachkonzept Verkehr und Technische Infrastruktur
  - Fachkonzept Sport
  - Visualisierung und Vorstellung der Ergebnisse
  
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zu prüfen und Preisabfragen für die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes gemäß der erarbeiteten Leistungsbeschreibung bei dafür geeigneten Büros vorzunehmen.
  
3. Die Leistungsbeschreibung und eine Kostenkalkulation, die sich auf die Preisabfragen stützt, sind der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Frau Schreiber verweist auf den gelben Zettel zu dieser Vorlage, auf dem die laut Ausschuss geforderten Änderungen eingetragen sind (Änderung der Bezeichnung des Beschlussantrages in „Einholung von Angeboten für die Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes gem. Pkt.1.)

Herr Preuß:

Zur Klarstellung: Es geht nur um die Einholung von Angeboten. Wir wollen erstmal wissen, was es kosten soll.

Abstimmung (gem. Änderung durch den BBW): 27 x Ja, 1 x Nein; 0 x Enthaltung

**zu 10.8      Antrag der Fraktionen Die Linke, SPD und VUB vom 14.11.2008, eingegangen bei der Stadt Zossen am 18.11.2008:**  
**Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach der Grundschule Zossen**  
**Vorlage: 156/08**

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt den Bau einer Photovoltaikanlage mit ca. 30 kWp auf dem Dach der Goetheschule Zossen. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, dazu das Verfahren zur Vergabe eines öffentlichen Auftrages einzuleiten.

Die Photovoltaikanlage wird aus wirtschaftlichen Gründen (höhere Einspeisevergütung) im Jahr 2009 an das öffentliche Stromnetz angeschlossen.

Zugleich wird der Beschluss 077/08 vom 15.07.2008 aufgehoben.

Her Kühnapfel:

- 120 – 130 T€ als Unternehmer ausgeben, das Geld fehlt an anderen wichtigen Stellen, einer solchen Vorlage können wir nicht zustimmen.

Er schlägt eine Änderung wie folgt vor: „Freigabe für Vermietung an einen eventuellen Investor“

Herr Preuß:

Solarenergie ist die neue Energiepolitik. Er ist bereit, die Einnahmen den Schulen und Kitas zukommen zu lassen. Er wäre auch dafür, dass in der Schule eine Tafel angebracht wird, auf der zu sehen ist, wie viel Strom gerade erzeugt wird, damit die Schüler ein Verständnis dafür entwickeln.

Frau Menges:

Sie ist auch für die neue Anlage, aber über 20 Jahre jährlich 12 T€ zurück, da wäre es eventuell doch besser, einen Mieter zu suchen.

Herr Baranowski verliest den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen-FDP zur BV 156/08:

“Die Stadt Zossen errichtet und betreibt diese Anlage nicht selbst, sondern stellt die Dachfläche für das genannte Vorhaben zur Verfügung. Ein Betreiber wird über eine öffentliche Ausschreibung gesucht.

Darüber hinaus prüft die Verwaltung weitere Möglichkeiten des Einsatzes erneuerbarer Energien in und an öffentlichen Gebäuden. Ein Zwischenstand ist vor Abschluss der Haushaltsdebatte vorzulegen, damit ggf. noch für dieses Jahr Mittel in den Haushalt eingestellt werden können.“

Herr Hummer:

Aus kaufmännischer Sicht unterstützt er den Antrag von Herrn Baranowski. Stromabnahme ist ja keine Pflicht, Vermietung ist die sicherste Variante.

Herr Grebe:

Wenn es großen Bedarf an Mietern gäbe, wären die schon auf uns zugekommen.

Frau Michler stimmt dem Antrag von Herrn Baranowski zu.

Herr Preuß:

Wir haben aus der alten SVV wirklich schon solche Beschlussvorlagen. Wenn wir dem Antrag von Herrn Baranowski zustimmen, passiert ja nichts.

Frau Schreiber:

Für jedes Objekt lassen wir einen Energiepass erstellen.

Frau Andrae:

Der Antrag von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen-FDP ist der weiterreichende Antrag.

Abstimmung zu dem Änderungsantrag von Herrn Baranowski: 16 x Ja; 12 x Nein; 0 x Enthaltung

**zu 11**

### **Schließung der Sitzung**

Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Andrae, schließt um 22.56 Uhr die Sitzung.

Die restlichen nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte werden nächste Woche, in der nichtöffentlichen SVV am 28.02.2009, mit aufgenommen, da diese Sitzung ohnehin nur einen nichtöffentlichen Teil enthält.

Karola Andrae

Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung